

PRESSEDIENST

Nr. pmf2114
Datum: 16.11.2011



Pressestelle

Claudia Beck

Fraktionsgeschäftsführerin
Pressesprecherin
Franz-Josef-Röder Str. 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681/5002 509
Mobil: 0171/47 57 934
c.beck@landtag-saar.de

27. Plenarsitzung des Saarländischen Landtages

Am 16. November 2011 tritt der saarländische Landtag zu seiner 27. Plenarsitzung zusammen.

Anbei erhalten Sie einen Überblick über Anträge und Abstimmungsverhalten der Abgeordneten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in einigen wichtigen Punkten.

TOP 1: Gesetz zur Änderung des Saarländischen Mediengesetzes

Redebeitrag: Claudia Willger

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Bußgelder bei einem Verstoß gegen das Trennungsgebot zwischen Anzeigen und redaktionellem Teil von Zeitungen von derzeit 5.000 Euro auf 50.000 Euro erhöht werden. Die Intention des Gesetzes, die Leserinnen und Leser vor Manipulation und Fehlinformation durch den Einfluss wirtschaftlicher Interessen zu schützen, geht in die richtige Richtung. Allerdings werden über das Saarländische Mediengesetz nur die Printmedien erfasst. Werbung und redaktioneller Teil müssen aber bei allen Presse-Erzeugnissen sauber abgegrenzt werden. Daher sollen nach unserer Auffassung im Rahmen der Novellierung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags weitere Veränderungen als Gesamtpaket geprüft werden - darunter auch erhöhte Bußgelder bei Verstößen gegen das Trennungsgebot. Um die zur Einhaltung des Trennungsgebotes sinnvollen rechtlichen Regelungen umfassend zu eruieren, stimmt die Grünen-Landtagsfraktion für die Verweisung des Gesetzes in den Ausschuss.

Abstimmung: Überweisung des Gesetzentwurfes der SPD- und Linken-Landtagsfraktion in den zuständigen Ausschuss.

TOP 2: Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Redebeitrag: ohne Aussprache

Der Gesetzentwurf dient der Aktualisierung und Anpassung der Vorschriften des Juristenausbildungsgesetzes in einzelnen Punkten. So werden zum einen klarstellende Regelungen zum sog. „Freiversuch“ nach höchstens 8 Semestern getroffen, zum anderen sollen zu Gunsten der ReferendarInnen die Wartezeit zur erstmaligen Inanspruchnahme von Erholungsurlaub von 6 auf 3

Monate verkürzt werden.

Abstimmung: Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung und Überweisung in den zuständigen Ausschuss.

TOP 3: Gesetz zur Änderung des Saarländischen Lehrerbildungsgesetzes

Redebeitrag: Claudia Willger

Mit dem Gesetzentwurf wird im Saarland das Lehramt für die Primarstufe neu geschaffen, um zu ermöglichen, dass weiterhin Grundschullehrkräfte, die in Rheinland-Pfalz ausgebildet werden, auch im Saarland einstellen zu können. Die Notwendigkeit ergibt sich, da Rheinland-Pfalz seine Grundschullehrerausbildung umgestellt hat. Zudem wird mit dem Gesetzentwurf die gesetzliche Grundlage für die Einführung des Stufenlehramtes für die Sekundarstufe 1 und 2 geschaffen. Der Gesetzentwurf beschreibt außerdem die inklusive Bildung von SchülerInnen mit Behinderung als Bestandteil der LehrerInnen-Ausbildung

Abstimmung: Zustimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung und Überweisung in den zuständigen Ausschuss.

TOP 4 - 6: Zweite Lesung des Gesetzes über die Stiftung eines Feuerwehr-Ehrenzeichens, des Gesetzes zur Verlängerung von Vorschriften im Bereich des Brandschutzes und der Technischen Hilfe und des Gesetzes zur Änderung des Privatschulgesetzes

Abstimmung: Zustimmung zu den Gesetzentwürfen in letzter Lesung.

TOP 7+8: Beschlussantrag: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses "Stiftung Saarländischer Kulturbesitz – Bau des IV. Museumspavillons"

Redebeitrag: Hubert Ulrich

Zur Klärung der Vorgänge um den Bau des IV. Pavillons des Saarlandmuseums soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Der U-Ausschuss soll insbesondere ermitteln, wie es zu den Kostensteigerungen bei der Baumaßnahme kam und wer die Verantwortung hierfür trägt.

Abstimmung: Zustimmung zum Einsetzungsantrag der SPD- und Linken-Landtagsfraktion und dem Ergänzungsantrag der CDU-, FDP- und B90/Grünen-Landtagsfraktion.

TOP 9+13: Beschlussantrag: Den Bankensektor strikt regulieren – die Interessen des Gemeinwohls stärken

Redebeitrag: Markus Schmitt

Die Forderungen zur Bankenregulierung der Linken-Landtagsfraktion verstoßen gegen europäisches Recht und werden unserem Wirtschaftssystem nicht gerecht. Stattdessen sollten realistische Alternativen geprüft werden. Zu nennen sind u.a. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, risikogewichtete Eigenkapitalanforderungen und die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, wie sie derzeit in Großbritannien diskutiert wird.

Abstimmung: Ablehnung des Antrags der Linken-Landtagsfraktion und Überweisung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion in den zuständigen Ausschuss.